

Kommunale Bildungspolitik als Kooperationsaufgabe

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey

7. Juni 2019

**Werkstattgespräch „Kommunale Entwicklungen im Bildungswesen“
Humboldt-Universität zu Berlin**

- Kommunale Bildungspolitik: Governance-Strukturen im Mehrebenen-System
- Vertikale und horizontale Schnittstellen: Engpassfaktoren und Potenziale für Kooperation
- Analysebeispiel: Schulen in herausfordernden Lagen als Thema kommunaler Bildungspolitik
- Exemplarische Darstellung eines Analyserasters: Grundlagen für die Ermittlung von Bedarfen und Realisierungsmöglichkeiten von Kooperation

Die „Aachener Erklärung“ (Deutscher Städtetag, 11/2007)

„Die Städte sollten Bildung als zentrales Feld der Daseinsvorsorge noch stärker erkennen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Leitbild des Engagements der Städte ist die kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung.“

<http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2007/17.pdf>

- Entwicklungen in einigen Kommunen als Ausgangspunkt
- Formulierung eines kommunalen Gestaltungsanspruchs in einem Kernsektor der Landespolitik
- **Kommunaler Potenzialgewinn** im Mehrebenen-System
- Verständnis von Bildung als Element der Daseinsvorsorge
- Verknüpfung zwischen Bildungspolitik und Sozialpolitik
- **Regelinstitution Schule** als Ankerpunkt für **vorbeugende Sozialpolitik**
- Verknüpfung / ganzheitliche Betrachtung von Erziehung, Bildung und Betreuung (**Schnittstelle Schule-Jugendhilfe**)
- Hohe Bedeutung von Netzwerken
- **Kooperation** der Akteure als Chance und potenzieller Engpassfaktor

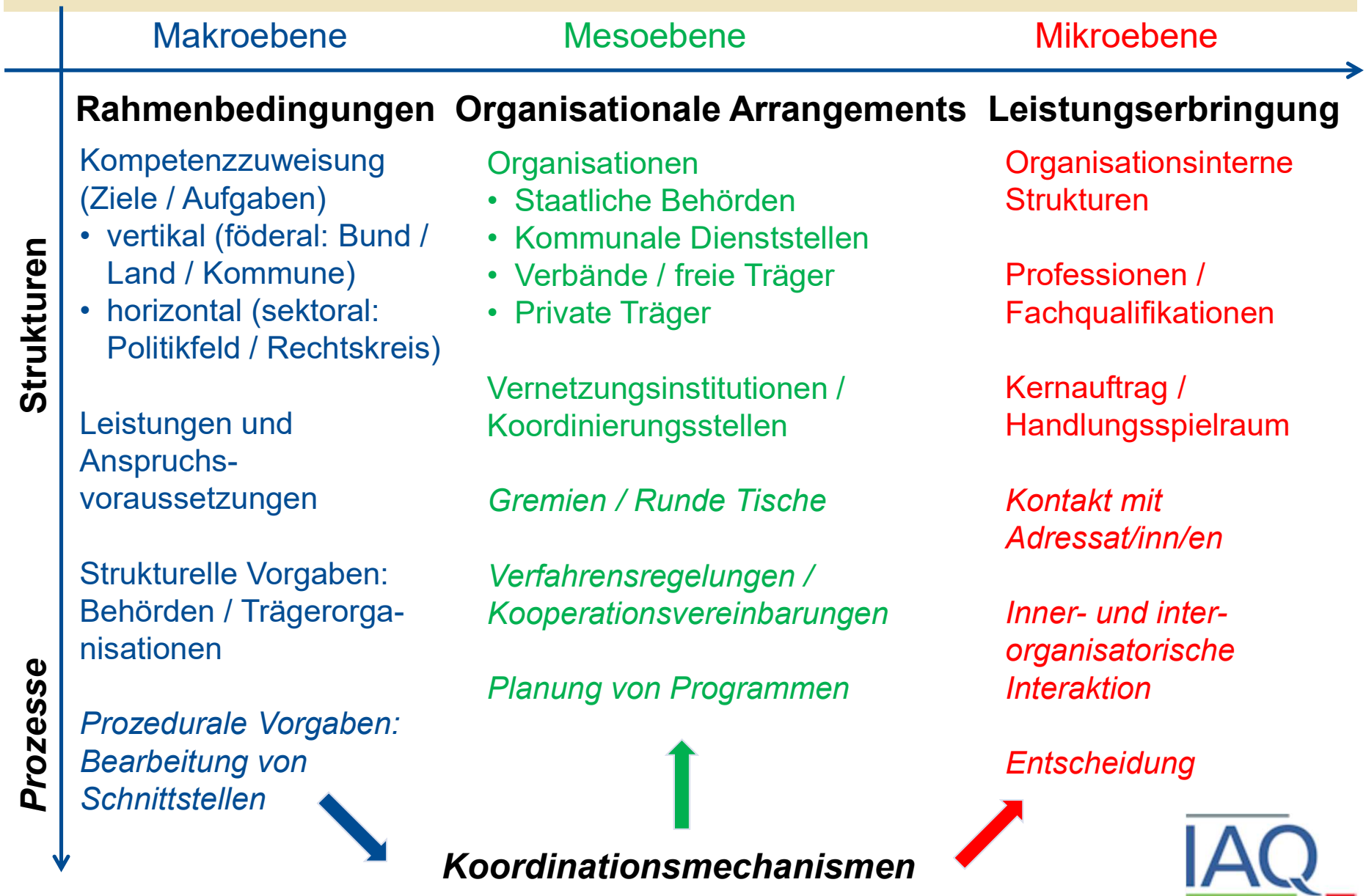
Schulen in herausfordernden Lagen: Schnittstellen und Kooperation(sbedarfe) im Mehrebenen-System

- Sozialräumliche Konzentration von **Problemlagen** / Segregation
- **Unterstützungsbedarf** / Überforderung von Schulen
- Bedarf **Kooperation** Schule / Jugendhilfe (Kernzuständigkeit Kommune)
- Schule als Regelinstitution, um **Kinder, Jugendliche und Eltern** als Adressat_innen vorbeugender Sozialpolitik zu **erreichen**
- Förderung von (Kindern und Jugendlichen in) Schulen in herausfordernden Lagen als zentrales Thema kommunaler Bildungspolitik – und Kommune als zentraler Akteur

Aber:

- Kommunale Bildungspolitik entwickelt sich ohne rechtliche Veränderung der Kompetenzen unterschiedlicher Akteure
- **Governance-Strukturen: vertikale und horizontale Schnittstellen** zwischen den Kompetenzen (**Land / Kommune; Schule / Jugendhilfe**)
- Strukturen: Rahmenbedingungen für das Handeln der Akteure, aber keine Determinierung -> (Kooperations-)Prozesse sind gestaltbar
- Strukturen verstehen, um (Kooperations-)Prozesse zu fördern

Governance-Strukturen und -Prozesse im Mehrebenen-System – Analyseraster



Schule und Jugendhilfe: Land vs. Kommune; Staat vs. Zivilgesellschaft; Pflicht vs. Freiwilligkeit

	Makroebene	Rahmenbedingungen
Strukturen	<p>Kompetenzzuweisung (Ziele / Aufgaben)</p> <ul style="list-style-type: none"> vertikal (föderal: Bund / Land / Kommune) horizontal (sektoral: Politikfeld / Rechtskreis) 	<p><u>Bund</u>: Rahmengesetz Jugendhilfe (SGB VIII; Förderung der Entwicklung junger Menschen / Erziehung zu eigenverantwortlicher, gemeinschaftsfähiger Persönlichkeit)</p> <p><u>Land</u>: Schulgesetz (Bildung, Erziehung, individuelle Förderung); Struktur des Schulsystems; „innere Schulangelegenheiten“ – Lehrpläne, Lehrpersonal); Förderprogramme für Jugendhilfe</p> <p><u>Kommune</u>: Schulträger; „äußere Schulangelegenheiten“ – Gebäude, Ausstattung, weiteres Personal; Infrastrukturverantwortung in der Jugendhilfe</p>
	Leistungen und Anspruchsvoraussetzungen	Schule: allgemeine Schulpflicht; Jugendhilfe: hoher Gestaltungsspielraum bei Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe (Übergang Schule-Beruf), offener Jugendarbeit, (Erziehungs-) Beratung, sozialpädagogischen Hilfen
Prozesse	<p>Strukturelle Vorgaben: Behörden / Trägerorganisationen</p> <p>Prozedurale Vorgaben: Bearbeitung von Schnittstellen</p>	<p>Schule: staatliche Schulaufsicht, kommunale Schulträgerschaft; Jugendhilfe: kommunale Einrichtungen, zentrale Rolle freier Träger (Subsidiaritätsprinzip)</p> <p><i>Allgemeine Vorgaben zur Kooperation im SGB VIII und in Schulgesetzen; zum Teil Konkretisierung in Programmen (bspw. Offene Ganztagschule in NRW)</i></p>

Komplexes Akteursspektrum; sektorspezifische Verfahren; Entwicklung von Vernetzungsstrukturen/-prozessen

	Mesoebene	Organisationale Arrangements
Strukturen	Organisationen <ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Behörden • Kommunale Dienststellen • Verbände / freie Träger • Private Träger 	Staatliche Schulaufsicht (örtlich / bezirklich) Kommunales Schul(verwaltungs)amt Kommunales Jugendamt Schulen: nichtrechtsfähige Anstalten des Schulträgers Jugendhilfe: Leistungsanbieter in kommunaler, freigemeinnütziger oder privater Trägerschaft
	Vernetzungsinstitutionen / Koordinierungsstellen	Regionale Bildungsbüros Beispiel NRW: Förderprogramm „Regionale Bildungsnetzwerke“ – Vernetzung von Akteuren auf lokaler Ebene und „Verantwortungsgemeinschaft“ von Land und Kommune
	Gremien / Runde Tische	Schulausschuss / Jugendhilfeausschuss / Bildungskonferenzen
	Verfahrensregelungen / Kooperationsvereinbarungen	Schulentwicklungsplanung / Jugendhilfeplanung
Prozesse	Planung von Programmen	Kommunale Förderprogramme (bspw. „Familienzentren an Grundschulen“, Gelsenkirchen/Wübben Stiftung)

Komplementäre Ziele; unterschiedliche Professionskulturen; fehlende Strukturen für interprofessionelle Interaktion

	Mikroebene	Leistungserbringung
Strukturen	Organisationsinterne Strukturen	Schulleitung / Lehrerkollegium; sozialpädagogische Fachkräfte (SpFk; Ganztage / Schulsozialarbeit) mit unterschiedlichen Anstellungsträgern; jugendhilfebezogene Leistungen oft als additives Angebot / schulexterne Kooperationspartner
	Professionen / Fachqualifikationen Kernauftrag / Handlungsspielraum	Unterschiedliche Ausbildungen, Leitbilder und Kernaufträge (formale vs. non-formale Bildung): Lehrkräfte: Fachqualifikation / Didaktik, Umsetzung von Lehrplänen, Benotung / Bildungsabschlüsse; SpFk: ganzheitliche Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, hoher Handlungsspielraum in der eigenen Arbeit, aber kaum Einfluss auf schulische Entscheidungen
Prozesse	Kontakt mit Adressat/inn/en	<i>Lehrkräfte: Regelkontakt im Unterricht / Ansprechpartner/innen für Eltern; SpFk: eher punktueller Kontakt (anlassbezogen und/oder außerunterrichtliche Angebote)</i>
	Inner- und interorganisatorische Interaktion Entscheidung	<i>Schulkonferenz / Lehrerkonferenz als Gremien ohne geregelte Mitwirkung von Jugendhilfe; je nach Schule unterschiedliche Kommunikationswege; keine Vorgaben für Verknüpfung von Entscheidungen</i>

- **Gemeinsame Aufgabe von ...**
 - **Land** (konzeptioneller und finanzieller Rahmen) und **Kommune** (Auswahl von Standorten auf der Basis einer integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung / prozessorientierte Unterstützung)
 - **Schule** (Ankerpunkt für die ganzheitliche Förderung von Kindern und Jugendlichen) und **Jugendhilfe** (Integration in schulischen Kontext) auf der Basis komplementärer Ziele
- **Organisation von Kooperationsprozessen zur Bearbeitung von Schnittstellen zwischen ...**
 - staatlicher Schulverwaltung und Kommune (lokales Konzept)
 - kommunalen Dienststellen (Schulverwaltung, Jugendamt, Bildungsbüro), Schulen und ggf. freien Trägern (Konkretisierung / Verantwortungsverteilung für die Umsetzung)
 - Schulleitung / Lehrkräften / SpFk innerhalb der einzelnen Schule (gemeinsames Leitbild, Schaffung von Strukturen für Interaktion)

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey

Forschungsabteilung Bildung und Erziehung im
Strukturwandel (BEST)
Universität Duisburg-Essen
Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)

Gebäude LE, 47048 Duisburg
Fon: +49-203-379-1805

E-Mail: sybille.stoebe-blossey@uni-due.de